



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/299 - 27.12.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Berliner Sorgen	S. 1
Italiens Lage bleibt labil	S. 3
Inflation der Gemeinplätze	S. 5

Insulare Unlustgefühle

Von Willy Brandt M.d.B.

Für Berlin endet das Jahr 1951 im Zeichen einer gewissen Stimmungsässigen Flaute. Dabei ist es für die Berliner Stadtväter gar nicht mal so schwer, auf Resultate zu verweisen, mit denen sie sich sehen lassen können. Die wirtschaftliche Lage der Westsektoren hat sich trotz aller Schwierigkeiten etwas verbessert. Durch die finanzielle Eingliederung in den Bund ist eine nicht unwesentliche Erleichterung eingetreten. Aber es fehlen politische Ergebnisse, die in die Zukunft weisen.

Durch das dritte Überleitungsgesetz und andere Beschlüsse haben Bundestag und Bundesrat kurz vor Weihnachten die Eingliederung Berlins in den Bund so weit durchgeführt, wie es heute besatzungsrechtlich und aussenpolitisch möglich erscheint. So bedeutend diese Entwicklung objektiv gesehen auch sein mag, die Berliner Bevölkerung hat kaum noch Kenntnis genommen. Sie hat das Gefühl, dass dem offiziellen Bonn immer noch mühsam abgerungen werden muss, was zentrales Anliegen einer jeden deutschen Regierung sein müsste.

Zahlreiche Versprechen der gegenwärtigen Bundesregierung sind allzu unerfüllt geblieben. Manche Erwartungen der Berliner mögen auch über das Ziel des Erreichbaren hinausgeschossen sein. Die materiellen und psychischen Belastungen des Daseins inmitten der sowjetischen Besatzungszone wurden leichter ertragen, solange

das Gefühl einer wichtigen gesamtdeutschen Aufgabe lebendig war. Durch die Bonner Politik fühlt sich Berlin mehr und mehr in die Rolle des Anhängsels verdrängt. Immer wieder scheint demonstriert werden zu sollen, dass der Weg vom Rhein nach Paris kürzer ist.

Auch die Diskussionen über gesamtdeutsche Wahlen haben keinen echten stimmungs-mässigen Aufschwung gebracht. Wirkliche deutsche Initiative ist ja auch von offizieller Seite kaum sichtbar geworden. Die Berliner Initiative in der Frage der Wahlordnung stiess auf der Ebene des Bundesrates und vor allem aus dem Kabinett auf allerlei kleinliche und formalistische Einwände. Immerhin, in den ersten Tagen des neuen Jahres wird die Problematik der deutschen Einheit auf dem Wege über gesamtdeutsche Wahlen noch einmal vor dem Abgeordnetenhaus aufgerollt werden. Ernst Reuter kann sich darauf verlassen, dass er das Stadtparlament in den entscheidenden politischen Fragen hinter sich hat. Wenn sich die in Paris gebildete UN-Kommission als Start ihrer Tätigkeit zur Reise nach Berlin entschliesse, könnte daraus neue Energien im um die Wiedervereinigung erwachsen.

Es war ein bedenkliches Zeichen, dass sich der Berliner Landtag nicht zu einer unmittelbaren Reaktion auf den Beschluss der Vereinten Nationen entschliessen konnte, als er Donnerstag vor Weihnachten zu seiner letzten Sitzung im alten Jahr zusammenkam. Die bürgerlichen Parteien widersprechen der Dringlichkeit eines von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Antrages!

Die Zusammenarbeit der Sozialdemokraten mit der CDU und FDP im Berliner Senat ist in der letzten Zeit auf mehr als eine Probe gestellt worden. So auch, als die Wahl des höchsten Landesrichters und der höchsten Staatsanwälte im Abgeordnetenhaus in illoyaler Weise mit dem geringen Stimmenvorsprung der bürgerlichen Fraktionen durchgesetzt wurde. Die objektiven Schwierigkeiten der Berliner Lage werden durch die offenen Unzulänglichkeiten mancher der agierenden Kräfte verschärft.

Immer häufiger stösst man in erst zunehmenden Kreisen auf das Argument vom zunehmenden Provinzialismus der Berliner Politik. Vor einem Jahr wurden solche Warnungen noch voller Entrüstung abgewiesen. Aber heute wie vor einem Jahr ist es sicher, dass Berlin trotz seiner Ungeduld und Unlustgefühle, trotz seiner Unzulänglichkeiten und seiner dem Insularen entspringenden "Provinzialisierung" über innere Kräfte verfügt, auf die keine am Morgen orientierte deutsche Politik verzichten kann.

Italiens Aussichten für 1952

v. sch. Rom, Ende Dezember

Das Jahr 1951 war für Italien gewiss nicht, was man ein Schicksalsjahr zu nennen pflegt. Immerhin hat es die Gelegenheit geboten, den politischen Pulsschlag der italienischen Nation zu fühlen: dies geschah im späten Frühjahr bei den Gemeindewahlen in etwa Zweidritteln des Landes, sowie bei den Landtagswahlen in Sizilien. Das Bild, das sich dabei ergab, war zwar nicht alarmierend, aber nicht gerade erfreulich. Es zeigte einerseits einen zwar erwarteten, aber beträchtlichen Rückgang der stärksten demokratischen Partei, der Christlich-Demokraten zugunsten der Neofaschisten, andererseits eine unverminderte, eher etwas verstärkte Position des kommunistischen Wahlblocks seit den allgemeinen Parlamentswahlen vom Frühjahr 1948.

Die aussenpolitischen Erfolge, die die Regierung de Gasperi unzweifelhaft aufzuweisen hat und die ihre einstweilige Krönung demnächst in der Revision des Pariser Friedensvertrages durch die Westalliierten finden werden, haben also der inneren Konsolidierung der italienischen Republik nur wenig genützt. Sie reichten nicht aus, die Stärkung der beiden Extreme zu verhindern, weil sie nicht von einer wirtschaftlichen Konsolidierung begleitet wurden. Zwar ist die Währung stabil geblieben, aber die Weltteuerung hat den inneren Kaufwert des Geldes in einem Masse unterhöhlt, mit dem die Lohnerhöhungen kaum Schritt halten konnten. Das grosse Übel der industriellen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, unter dem Millionen chronisch leiden, konnte bisher nicht einmal gelindert werden, und das wirkt sich auch politisch aus.

Grosse Hoffnungen setzt man für das Jahr 1952 auf die industriellen Rüstungsaufträge, die jetzt Italien im Rahmen des Atlantischen Verteidigungsprogramms erhalten hat und deren Wert auf 800 bis 1.000 Millionen Mark geschätzt wird. Das ist wohl der wahre Grund, weshalb die Regierung die Gemeindewahlen im restlichen Drittel des Landes, einschliesslich der Großstädte Rom, Neapel und Bari, die eigentlich im Herbst hätten stattfinden sollen, unter ziemlich durchsichtigen Vorwänden bis zum kommenden Frühjahr hinausgeschoben hat. Wenn sich ihre Hoffnungen auf eine ansteigende Konjunktur und eine entsprechende Besserung auch bei diesen Gemeindewahlen erfüllen sollten,

Ist es dann nicht ausgeschlossen, dass noch vor Ende des Jahres 1952 das italienische Volk zu allgemeinen politischen Wahlen aufgerufen wird?

Diese nächsten Parlamentswahlen werfen jetzt schon ihre Schatten voraus und sie dürften das ganze politische Leben Italiens im Jahre 1952 beherrschen. Sie sind der Grund, weshalb sowohl die Liberalen wie die Sozialdemokraten einstweilen keine Lust zeigen, in die Regierungskoalition zurückzukehren, um möglichst unbelastet vor die Wähler zu treten. Zunächst sind die Liberalen vor allem bemüht, den christlich-demokratischen Wählerschwund zum guten Teil selber aufzufangen, anstatt diese Aufgabe den Neofaschisten und Monarchisten zu überlassen. Nach Jahren der Zerfahrenheit und Zersplitterung versuchen die Liberalen, die über einflussreiche Zeitungen verfügen, ihre Reihen wieder zusammenzuschliessen und sie werden dabei guten Anklang bei Hunderttausenden finden, die eine andere Alternative suchen als den jetzigen sterilen Zweikampf zwischen den Christlich-Demokraten und den Kommunisten, zwischen den Religionen Roms und Moskaus.

Auch die Sozialdemokraten sind bestrebt, eine solche Alternative zu bieten. Sie haben nach einem Jahr der Zersplitterung im vergangenen Frühjahr ihre formale Wiedervereinigung vollzogen, zu spät, um noch davon bei den Gemeindevahlen Nutzen zu ziehen, und vielleicht auch zu früh, um nach einer wirklichen Klärung ihrer inneren Gegensätze reibungslos ineinanderzuwachsen. Noch scheinen die internen Gegensätze in der Partei ziemlich tief, doch gibt es zum Glück unter den Mitgliedern nur wenige, die eine sofortige Rückkehr in die Regierung für notwendig halten und damit scheint die Gefahr einer neuen Spaltung einstweilen abgewendet. Aber das grosse Ziel, eine Gewinnung breiter Schichten, die bisher den moskauhörigen Linksozialisten oder gar den Kommunisten Gefolgschaft leisteten, werden die Sozialdemokraten nur dann erreichen, wenn sie das Bild einer geschlossenen Front und einer eindeutigen Politik, die sich mit den Grundlinien der neuen Sozialistischen Internationale deckt, zu bieten imstande sind. Gelingt ihnen das auf dem Parteitag in Bologna, dann kann das Jahr 1952 wirklich zu einem Wendepunkt für die italienische Demokratie werden.

Inflation der Gemeinplätze

P.R. In diesen Tagen geht, nach altem Brauch, auf den Staatsbürger eine Flut von Versicherungen des guten Willens, freundlichen Zusprüchen und - Gemeinplätzen nieder. Man ist darauf gefasst und deshalb einigermaßen gewappnet. Doch jedesmal von neuem überrascht das Ausmass des Gebotenen, hat man das Gefühl, es sei des Guten zu viel. So ist man eher ermüdet als aufgerichtet, zumal in der Erinnerung an das, was in früheren Jahren aus der Fülle von Versprechungen und Hoffnungen übrigblieb.

Gewiss - das Bedürfnis, an bestimmten äusseren Wegmarken des Lebens, des politischen wie des persönlichen, Rechenschaft über das Geleistete abzulegen, auch einen vorsichtigen Blick in die Zukunft zu tun und sich und anderen Mut zuzusprechen, ist in der menschlichen Natur tief verwurzelt und sicher auch Ausgangspunkt für manchen lobenswerten und, wenn es gut geht, sogar erfolgreichen Vorsatz.

Aber im öffentlichen Bereich ist doch die Gefahr einer inflationistischen Entwertung solcher Äusserungen gross und die weitere, dass in ihrer Überfülle wohlformulierte Gemeinplätze vorherrschen. Sie aber erreichen nur allzu oft das Gegenteil dessen, was beabsichtigt ist, sie gehen auf die Nerven und verärgern, statt dass sie anregen, Einsichten vermitteln und Impulse auslösen.

Es soll nicht auf Einzelheiten eingegangen werden, weil diese Bemerkungen nicht polemisch aufgefasst werden sollen. Aber die Jahr für Jahr wiederholte platonische Versicherung zu dieser oder jener politischen Grundfrage, wie etwa der des sozialen Friedens, verliert ihren Wert, wenn die rund 360 Tage zwischen den festlichen Deklamationen am Jahresende schlecht oder gar nicht genutzt werden.

Zu keiner Zeit des Jahres - und das sollte doch eigentlich nicht der Sinn der Übung sein - wird deutlicher, wie wenig auch in der Politik Worte im Verhältnis zu Taten sind. Kein guter Brauch wird dadurch wertvoller, dass man ihn über Gebühr strapaziert und es sollte nicht dazu kommen, dass der Staatsbürger glaubt, Weihnachten und Neujahr seien vor allem Anlässe für politische Stilübungen.

Verantwortlich: Peter Raunau